



> NEWSTICKER <


KREBSGEFAHR DURCH GLYPHOSAT: LAND MUSS VERBOT ERWIRKEN!

 Der Einsatz des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat ist heftig umstritten. So ist nicht zuletzt die Internationale Agentur für Krebsforschung zum Ergebnis gelangt, dass der Stoff krebserregend sein könnte. Diese Bewertung ist alarmierend vor dem Hintergrund, dass Glyphosat sowohl in der Landwirtschaft als auch in Kleingärten eingesetzt wird. Frankreich hat daher den Verkauf des Mittels in Gartencentren und Baumärkten verboten. In Rheinland-Pfalz ist seit Juni 2015 der Einsatz von Glyphosat auf öffentlichen Flächen untersagt. Aufgrund der nicht kalkulierbaren Gesundheitsgefahren, die von diesem Stoff ausgehen, fordern wir von der Landesregierung, dem Beispiel unseres Nachbarbundeslandes umgehend zu folgen.

GEGEN WILDTIERE IN ZIRKUSSEN: RECHTLICHE GRUNDLAGE SCHAFFEN!

 Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen bedeutet nichts anderes als Leid für die Tiere. Diese Auffassung teilen auch viele saarländische Kommunen. Strittig ist jedoch, welche rechtlichen Möglichkeiten sie überhaupt haben, um ein Auftrittsverbot für solche Zirkusse auf ihren eigenen Flächen zu erwirken. Daher brauchen wir dringend bundeseinheitliche Regelungen. Bereits 2003 und 2011 hatte der Bundesrat empfohlen, die Haltung von Affen, Elefanten, Giraffen, Nashörnern und Großbären im Zirkus zu verbieten. Wir fordern von der Landesregierung, gegenüber der Bundesregierung darauf zu drängen, diese Beschlüsse endlich umzusetzen. Zahlreiche EU-Länder sind Deutschland in dieser Frage bereits voraus und haben ein Wildtierverbot in Zirkussen längst verabschiedet.

BUS UND BAHN IM SAARLAND: FAIRE PREISE SIND FEHLANZEIGE

 Der ÖPNV hierzulande ist von einer gerechten Preisstruktur weit entfernt. Für ähnliche Distanzen werden je nach Fahrtziel deutlich unterschiedliche Preise verlangt. Grund für dieses Missverhältnis ist die Wabenstruktur im saarVV. Für sozial verträgliche Fahrkartenpreise will die Landesregierung auch künftig nicht sorgen. Das geht aus einer Anfrage unserer Fraktion hervor. Demnach würden niedrigere Preise mit Einnahmeverlusten für die Verkehrsunternehmen einhergehen. Dabei liegt der jetzige finanzielle Zustand des ÖPNV vielmehr in den ineffizienten Organisationsstrukturen begründet. Gesetzesentwürfe unserer Fraktion, um diesen Missstand zu beseitigen, wurden von der Landesregierung bislang stets abgelehnt. Und trotz vielfacher Ankündigung hat sie bis heute keinen eigenen Entwurf zustande gebracht.

ERWEITERUNG DES CHEMIEWERKS CARLING:

IM WARNDT GEHT DIE ANGST UM



Der Konzern Total investiert 180 Millionen Euro in die Erweiterung der Chemieplattform Carling. Warndt-Bewohner fürchten weitere Umweltbelastungen und sorgen sich um ihre Gesundheit. Die Landesregierung jedoch hält es nicht für nötig, die Bevölkerung über die Ausbaupläne transparent zu informieren.

Für die Bewohner des Warndt ist das Chemiewerk Carling in Saint-Avold ein Graus. Regelmäßig ziehen schwarze Rauchwolken und beißender Gestank über das Saarland. Zwar will Carling-Betreiber Total den wahrscheinlichen Hauptverursacher hierfür, den Steamcracker zur Herstellung von Kunststoffen, bald abschalten. Auf eine geringere Umweltbelastung darf man künftig dennoch nicht hoffen. Denn Total will seine Produktionsanlagen in Carling um eine Kunstharzproduktion erweitern. Gefertigt werden soll dort transparenter Kleber für Smartphone und Tablets.

Umweltschützer schlagen Alarm. Und laut Angaben des Stadtrats von Freyming-Merlebach entstünden durch die Produktion der Kunstharze bis zu 700 Tonnen gefährlicher Abfälle pro Jahr. Zudem hat Total angekündigt, ätzendes Lithiumhydroxid in die Merle zu leiten, was letztlich in die Saar gelangt.

Doch was unternimmt das saarländische Umweltministerium? Es betreibt eine Beschwichtigungspolitik und spielt dem Betreiber Total damit in die Hände. So sieht Umweltminister Reinhold

Jost keine Veranlassung, in den Warndt-Gemeinden Info-Veranstaltungen zu den Ausbauplänen durchzuführen. Er konnte gegenüber Frankreich nicht einmal eine Fristverlängerung zum Einreichen einer Stellungnahme zu den Ausbauplänen erreichen. Die Frist ist Ende Juli abgelaufen. Auch wichtige Unterlagen wie eine Gefahrenanalyse wurden nicht vom Französischen ins Deutsche übersetzt und der Bevölkerung bereitgestellt.

Wir fordern von Reinhold Jost, endlich seiner Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nachzukommen. Er muss gegenüber dem Präfekten der Region Lothringen darauf drängen, dass das Saarland an dem kommenden Genehmigungsverfahren für die Carling-Erweiterung beteiligt wird.

Darüber hinaus brauchen wir ein grenzüberschreitendes Konzept, um die Bewohner der Großregion vor künftigen Emissionen durch das Chemiewerk effektiv zu schützen. Minister Jost muss hierzu in Zusammenarbeit mit den französischen Behörden einen Luftreinhalteplan entwickeln.

**FLÜCHTLINGSZAHLEN ERREICHEN
HÖCHSTSTAND: Mehr Bundeshilfen,
geregelte Zuwanderung!**

2

**BURE: Die nächste Atomare
Gefahr für die Großregion?**

3

DOPPELHAUSHALT: LANDESREGIERUNG BETREIBT ZAHLENKOSMETIK

Für die Jahre 2016 und 2017 wird die Landesregierung einen Doppelhaushalt aufstellen. Wir halten dies für einen hilflosen Versuch, sich im Vorfeld der Wahl aus einer wichtigen Finanzdebatte zu stellen.



Klaus Kessler
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Mit Doppelhaushalten hat das Saarland bislang keine Erfahrung. Doch dies ist offenbar kein Grund für die Landesregierung, vor diesem Schritt zurückzuschrecken. Wir halten dies für reines Taktieren. Die Große Koalition versucht damit, vor der Wahl 2017 eine Finanzdebatte zu umschiffen, die sie in ein schlechtes Licht rücken könnte. Zudem redet sie die großen Haushaltsprobleme des Saarlandes klein und betreibt reine Zahlenkosmetik.

So will sie ab dem Jahr 2017 über einen Zeitraum von neun Jahren die Versorgungsrücklagen für Beamtenpensionen aufbrauchen und jährlich 35 Millionen Euro aus dem Topf entnehmen. Doch damit können die ansteigenden Versorgungslasten des Landes nicht annähernd bewältigt werden. Denn die Versorgungsausgaben werden bis zum Jahr 2050 kontinuierlich auf bis zu 770 Millionen Euro steigen. Der Griff in den Rückstellungsfonds zu einem solch frühen Zeitpunkt wird damit zwangsläufig zulasten nachfolgender Generationen gehen.

Darüber hinaus ist das Vorhaben, in den kommenden beiden Jahren 30 Lehrstellen weniger als geplant einzusparen, reine Augenwischerei. Denn gleichzeitig will die Landesregierung am Abbau von 588 Stellen bis zum Jahr 2020 festhalten. Die Aufgaben des Lehrpersonals werden jedoch unter anderem durch die Umsetzung der Inklusion und die steigende Zahl an Flüchtlingskindern nach 2017 nicht geringer, sondern weiter zunehmen.

Die Landesregierung unternimmt hier nichts anderes als kurzfristige Haushaltskorrekturen auf Kosten der Zukunft der Kinder und Jugendlichen und somit auf Kosten der Zukunft des Saarlandes.



Michael Neyses
Parlamentarischer
Geschäftsführer

Der Botanische Garten an der Saar-Uni stellt mit seiner im Saarland einzigartigen Flora ein wertvolles Kulturgut dar, das jährlich zahlreiche Besuchergruppen anlockt. Viele Kindergärten und Schulen nutzen die Einrichtung als zusätzliches Bildungsangebot. Wie lange das noch so bleibt, ist jedoch fraglich. Denn nachdem in den vergangenen Jahren die Zahl der Gärtnerstellen halbiert wurde, droht 2016 eine

Zukunft des Botanischen Gartens sichern!

Dem Botanischen Garten an der Saar-Uni droht durch den Sparkurs der Landesregierung das langfristige Aus. Wir fordern, diesen wertvollen Kultur- und Bildungsort zu erhalten.

weitere Stelle dem Spardiktat zum Opfer zu fallen. Sollte keine Lösung gefunden werden, um die Betriebskosten langfristig zu decken und die Stelle aufrecht zu erhalten, wird dies letztlich das Aus für den Botanischen Garten bedeuten.

Ähnliche Einrichtungen sind erst in großer Entfernung beispielsweise in Metz oder Saverne zu finden. Zudem wäre das Saarland dann das einzige Bundesland ohne ein solches Angebot. Wir fordern von der Landesregierung daher, sich zum

langfristigen Erhalt des Botanischen Gartens zu bekennen und ein Finanzierungskonzept in Zusammenarbeit mit der Uni zu erarbeiten. Angesichts der angespannten Haushaltslage muss sie auch prüfen, ob die Finanzierung mit EU-Fördermitteln unterstützt werden könnte.



Bundesweit sind Kommunen mit der Unterbringung von Flüchtlingen überfordert und müssen Zelte als Notunterkünfte bereitstellen. Die Bundesregierung muss auf diese dramatische Entwicklung reagieren und die Länder bei der Unterbringung finanziell deutlich mehr unterstützen. Außerdem brauchen wir ein modernes Einwanderungsgesetz mit einer geregelten Zuwanderung von Fachkräften.

Die Zahl der Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, erreicht Monat für Monat neue Höchstwerte. Inzwischen werden sogar Zelte aufgestellt, um den Flüchtlingen eine Unterkunft bieten zu können – auch an der Landesaufnahmestelle in Lebach. Solche Notunterkünfte dürfen und können keine Dauerlösung sein.

Angesichts dieser prekären Lage sind die Bundesländer zum einen auf mehr finanzielle Unterstützung durch den Bund bei der Flüchtlingsunterbringung angewiesen. Vor allem der soziale Wohnungsbau muss nachhaltig gefördert werden. Zum anderen brauchen wir endlich eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union mit einer Angleichung der Schutzstandards. Es kann nicht sein, dass sich einige Staaten aus ihrer humanitären Verantwortung stehlen und ein entsprechendes Quotensystem zur Verteilung weiter blockieren.

GEREGELTE ZUWANDERUNG

Doch auch auf Bundesebene brauchen wir Maßnahmen, um eine geregelte Zuwanderung zu gewährleisten. Hierzu fordern wir ein Einwanderungsmodell mit einem

Punktesystem, das auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen beruht. Ein solcher Punktekatalog kann Kriterien wie Bildungsabschluss, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter enthalten.

Die geregelte Fachkräftezuwanderung ist entscheidend, um dem demografischen Wandel und damit auch dem Fachkräftemangel zu begegnen. Alleine die Saar-Unternehmen schätzen, dass sie bis zum Jahr 2030 auf 45.000 Zuwanderer angewiesen sein werden.

Damit diese zum Teil hoch qualifizierten Menschen erfolgreich in unseren Arbeitsmarkt eintreten können, müssen die hohen bürokratischen Hürden auf Grundlage eines modernen Einwanderungsgesetzes gesenkt werden. Die wichtigsten Ziele: Visaverfahren vereinfachen und die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen erleichtern! Darüber hinaus muss es Zuwanderern in einem unkomplizierten Verfahren ermöglicht werden, ihre Familienangehörigen auch ohne Sprachtest im Herkunftsland in die Bundesrepublik zu holen.



Link zu unserem Antrag
<http://gruenlink.de/zsu>



Link zu unserem Antrag
<http://gruenlink.de/zsv>

BURE: DIE NÄCHSTE ATOMARE GEFAHR?



Hubert Ulrich
Fraktionsvorsitzender

Die französische Regierung plant, das lothringische Bure zum Standort für ein Atommüllendlager zu machen. Dort könnte nun nach Cattenom die nächste atomare Gefahr für die Großregion entstehen.

Nur 150 Kilometer von der Grenze des Saarlandes entfernt, im Örtchen Bure, soll laut Willen der französischen Regierung ab 2025 ein Endlager für radioaktiven Abfall entstehen. Die Standortwahl hat Frankreich versucht, in einem gesetzgeberischen Eilverfahren abzuwickeln. Demnach solle die Atombehörde Andra bis spätestens 2017 einen Genehmigungsantrag stellen, um die Pilotphase zur Endlagerung in Bure einzuleiten. Die Rückholbarkeit des Atommülls müsse für 100 Jahre gesichert sein.

Zwar hat das französische Verfassungsgericht einen entsprechenden Passus im Wirtschaftsfordernungsgesetz mit der Begründung gestrichen,

der Artikel sei nicht verfassungskonform verabschiedet worden. Doch wird die französische Regierung bald einen neuen Anlauf unternehmen. Denn Frankreichs Wirtschaftsminister hat bereits angekündigt, die Vorgaben für die Pilotphase des Endlagers in einem eigenen Gesetz festzulegen, dessen Entwurf im kommenden Jahr vorgelegt wird.



Wir haben erhebliche Bedenken, ob der Standort für ein Atommüllendlager geeignet ist. So hatte das Öko-Institut Darmstadt bereits vor

drei Jahren im Rahmen einer öffentlichen Debatte zu dem Projekt bemängelt, dass Risiken durch Transportunfälle nicht betrachtet würden. Zudem haben die Experten bezweifelt, dass die Tonformation in Bure überhaupt für ein atomares Endlager geeignet ist. Auch die saarländische Landesregierung selbst hatte im Rahmen dieser sogenannten Débat Public Bedenken geäußert und erklärt, dass bisherige Sicherheitsanalysen unzureichend waren. Trotzdem hat man sich nicht um mehr Mitspracherechte beim Genehmigungsverfahren bemüht.

Wir dürfen nicht zulassen, dass in Bure nach Cattenom die nächste atomare Gefahr für die Großregion entsteht. Wir fordern von der saarländischen Landesregierung, endlich ihren Einfluss auf die Bundesregierung geltend machen. Sie muss Bundeskanzlerin Merkel dazu bewegen, in dieser Frage Gespräche mit Frankreichs Präsident Hollande aufzunehmen. Sollte die Standortwahl tatsächlich auf Bure fallen, darf kein Weg an einem umfassenden Genehmigungsverfahren mit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung vorbei führen.

Landesregierung riskiert Schwächung des Verbraucherschutzes

Die Landesregierung hat mit einer Umstrukturierung von Ämtern begonnen, die unter anderem für Lebensmitteluntersuchungen zuständig sind. Damit zerstückelt sie Kompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes, statt sie zu bündeln.

Von Dioxin in Eiern bis zu nicht zugelassenen Rinderdärmen für Lyoner-Würste: Lebensmittelskandale und damit auch die Anforderungen an den Verbraucherschutz haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Umso entscheidender ist ein hohes Maß an Kompetenz in den Laboren. Die saarländische Landesregierung jedoch ist gerade dabei, diese Kompetenzen zu zerstückeln. Sie hat mit einer Umstrukturierung des Landesamts für Verbraucherschutz (LAV) und des Landesamts für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) begonnen. So soll beispielsweise die Rückstandsanalytik aus dem LAV ins LUA überführt werden. Teilbereiche wichtiger lebensmittelchemischer Untersuchungen wie die Prüfung von Bedarfsgegenständen, Getränken, Obst und Backwarenzeugnissen will man privatisieren oder an andere Bundesländer abgeben.



Dies führt nicht nur zu einer Zersplitterung des Verbraucherschutzes. Wir fürchten, dass die Qualität der Lebensmittelkontrolle

erheblich darunter leiden wird, sollte diese Privatunternehmen überlassen werden. Eine solche Entwicklung wäre gerade in Zeiten, in denen immer häufiger giftige Chemikalien in Textilien und Spielzeug nachgewiesen werden, verheerend.

Wir dürfen keine Schwächung des Verbraucherschutzes im Saarland hinnehmen und fordern von der Landesregierung, der Empfehlung des Beraters des Landesverbands der Lebensmittelchemiker/-innen, Professor Dr. Ulrich Nöhle, zu folgen. Er regt an, eine Zusammenführung des LUA und LAV mit den Laboren des Entsorgungsverbands Saar sowie der Futtermittel- und Weinkontrolle der Landwirtschaftskammer zu prüfen.

Auf diese Weise würden Kompetenzen bestmöglich gebündelt, da es bereits jetzt zwischen den Laboren viele Überschneidungen im Bereich der Lebensmittel-, Wasser- und Bedarfsgegenstandekontrolle gibt.



Link zu unserem Antrag
<http://gruenlink.de/zsw>

GIFTALARM IN SAAR- GEWÄSSERN: GRENZWERTE FÜR PCB DEUTLICH ÜBERSCHRITTEN

Die Belastung saarländischer Flüsse mit der Hydraulikflüssigkeit PCB, die über das Grubenwasser eingeleitet wird, liegt teilweise um das Achtfache über den gesetzlichen Grenzwerten. Wir fordern umfangreiche Beprobungen der Einleitstellen und Flusssedimente.

Wie viele Tonnen krebserregender, PCB-haltiger Öle noch in den saarländischen Gruben schlummern, das will oder kann der RAG-Konzern nicht beziffern. Dass diese Stoffe mit dem Grubenwasser ausgespült werden und Gewässer kontaminieren, ist jedoch traurige Gewissheit. Wie das Umweltministerium eingeräumt hat, werden die gesetzlichen Grenzwerte für die PCB-Belastung im Sinner- und Fischbach um das Vier- bis Achtfache überschritten.

Offensichtlich hat die Landesregierung bislang Beruhigungspillen verteilt und die vom Grubenwasser ausgehenden Umweltgefahren heruntergespielt. Noch im März hat sie uns im Grubensicherheitsausschuss mitgeteilt, dass sämtliche Grenzwerte eingehalten werden. Offenbar wurde absichtlich versucht, den Ausschuss hinter Licht zu führen und über tatsächliche Messergebnisse im Dunkeln zu lassen. Denn in den von uns damals beantragten Unterlagen waren keinerlei Ergebnisse von Grubenwasserbeprobungen zu finden.

Angesichts der hohen Kontamination der Gewässer fordern wir von der Landesregierung, an sämtlichen Einleitstellen das Grubenwasser direkt im Ableitungsrohr zu beprobieren. Bislang wurde durch das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz lediglich das Flusswasser untersucht. Da sich PCB wegen seiner schlechten Wasserlöslichkeit vorrangig an Schwebstoffen anlagert, die zu Boden sinken, müssen zudem auch Untersuchungen der Flusssedimente veranlasst werden. Nur durch solche Analysen lassen sich verlässliche Daten über die tatsächliche Belastung mit dem Krebsgift ermitteln.



WILLKÜRLICHE FUCHSJAGD STOPPEN!

Die Landesregierung hält an der Fuchsjagd fest, obwohl diese keine regulierenden Auswirkungen auf die Bestandszahlen hat. Die Fuchsschonzeit wurde sogar verkürzt. Die Regierung verteidigt diesen Schritt mit fadenscheinigen Argumenten wie der Bekämpfung von Krankheiten, die im Saarland seit Jahren nicht mehr aufgetreten sind.

Die Jagd von Füchsen hat keinen nachweisbaren regulierenden Einfluss auf deren Population, was wissenschaftliche Studien belegen. Unser Nachbarland Luxemburg hat dies längst erkannt: Mit Beginn April 2015 wurde die Fuchsjagd für ein ganzes Jahr verboten, um im Anschluss eine Bestandsaufnahme durchzuführen.

Die saarländische Landesregierung hegt jedoch keinerlei Interesse, diesem Vorbild zu folgen. Dies geht aus der Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion hervor. Stattdessen verteidigt sie die Jagd mit unhaltbaren Argumenten und hat die Fuchsschonzeit sogar auf den Zeitraum vom 1. März bis 30. Juni begrenzt. Davor galt seit 2010 eine Schonzeit von einem halben Jahr.

FADENSCHNEINIGE ARGUMENTE

Als Grund für die Beibehaltung der Fuchsjagd führt die Landesregierung Argumente wie die Eindämmung von Infektionen und Erkrankungen wie Tollwut ins Feld. Doch diese Argumentation entpuppt sich als unhaltbar. Denn Deutschland gilt seit 2008 als tollwutfrei.

Ebenso unhaltbar ist die Behauptung der Regierung, dass Füchse den Bestand des Niederwilds wie Rebhuhn und Hase gefährden und daher bejagt werden müssten. Denn zum einen lässt sie trotz der niedrigen Bestandszahlen

noch immer die direkte Bejagung von Hasen zu. Die Vereinigung der Jäger des Saarlandes führt in ihrer Streckenliste 2013/2014 insgesamt 118 Abschüsse auf.

Zum anderen ist der Rückgang der Bestandszahlen maßgeblich auf die exzessive Landwirtschaft zurückzuführen. Durch sie gelangen giftige Pflanzenschutzmittel in die Umwelt und Rückzugsgebiete für Tiere fallen weg. Um also tatsächlich der Verringerung der Niederwildbestände entgegenzuwirken, müssen wir verstärkt auf ökologischen Landbau setzen.

Somit zeigt sich, dass die Landesregierung keine wissenschaftliche Grundlage für das Festhalten an der Fuchsjagd hat. Deshalb fordern wir, dass das Saarland dem Vorbild Luxemburgs folgt und die Fuchsschonzeit auf ein Jahr ausweitet. Im Anschluss muss ermittelt werden, ob der Verzicht auf die Fuchsjagd Auswirkungen auf die Bestandszahlen hat.

STRECKENLISTE DES SAARLANDES 2013/14 (Auszug)

	Landkreise	Forstverw.	Insgesamt
Füchse	1.601	153	1.754
Hasen	113	-	118
Rehwild	5.991	2.909	8.900
Schwarzwild	2.671	796	3.467



Link zu der Antwort auf unsere Anfrage
<http://gruenlink.de/zta>



Aktuelle parlamentarische Anfragen und Anträge der Grünen-Landtagsfraktion:

Af15_1491 | Lehrerfortbildung
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1491.pdf

Af15_1490 | Zustand des Kanalwesens im Saarland
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1490.pdf

Af15_1489 | Einsatz von Glyphosat
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1489.pdf

Af15_1456 | Innovationsstrategie und Clusterpolitik der Landesregierung
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1456.pdf

Ag15_1474 | Vorratsdatenspeicherung stoppen
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_1474.pdf

INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne Informationen zur Arbeit im Landtag?
Melden Sie sich einfach unter: 0681/5002-508 oder
fraktion@gruene-saar.de



**SCHENK UNS
DEINEN DAUMEN!**

www.fb.com/GrueneFraktionSaar



IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Landtag des Saarlandes,
Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken,
Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511
E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
Fotos: Wikipedia, B. 90/Die Grünen, Freeimages

Pressesprecher, Redaktion: Björn Heib,
Tel.: 0681/5002-538, Fax: 0681/5002-511
b.heib@landtag-saar.de